

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Zehntausende Briefe aus der Korrespondenz des jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber (1878-1965) mit seinen Zeitgenossen sollen digitalisiert und damit für die Forschung zugänglich gemacht werden.** Dafür gebe es eine Förderzusage von Bund und Ländern, wie die Goethe-Universität in Frankfurt mitteilte. Mit fast 400.000 Euro jährlich werde das Projekt zur Digitalisierung und Kommentierung dieses Nachlasses von Buber finanziert. Etwa 40.000 Briefe von ihm und an ihn seien überliefert, insbesondere im Nachlass des Philosophen in Jerusalem, aber auch verstreut in Archiven weltweit. Etwa ein Viertel der Briefe stammten von Buber, der Rest sei an ihn adressiert worden. Alle Briefe sollen nun als Faksimile digitalisiert, ein Großteil auch transkribiert, übersetzt und kommentiert werden. Das Projekt sei auf 24 Jahre ausgelegt und werde mit 9,2 Millionen Euro hälftig vom Bundesbildungsministerium und vom hessischen Wissenschaftsministerium finanziert. Christian Wiese, Judaist und Inhaber der Martin-Buber-Professur an der Goethe-Universität, kooperiert dabei mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Boston University und der National Library of Israel.

„Die Korrespondenz Bubers, der in Heppenheim gelebt und in Frankfurt gelehrt hat, kann wichtige neue Erkenntnisse zur Geschichte des 20. Jahrhunderts beisteuern“, sagte die hessische Wissenschaftsministerin Angela Dorn (Grüne). Buber stand in Kontakt etwa mit Literaten wie Hermann Hesse, Arnold Zweig, Thomas Mann oder Franz Kafka.

Buber war von 1924 bis 1933 zunächst als Lehrbeauftragter, später als Honorarprofessor für jüdische Religionslehre und Ethik an der Universität Frankfurt tätig. Er legte die Professur 1933 nach der Machtübernahme Hitlers nieder, um einer Aberkennung zuvorzukommen. Danach wirkte er am Aufbau der Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung bei der Reichsvertretung der Deutschen Juden mit, bis diese ihre Arbeit einstellen musste. Vor den Novemberpogromen 1938 emigrierte Buber nach Israel. 1965 starb er in Jerusalem. (kna öki 24.11.2020)

- **Erfolgreicher interreligiöser Dialog speist sich nach den Worten des Augsburger Bischofs Bertram Meier vor allem aus einem selbstverständlichen Miteinander im Alltag.** Er gelinge dann, „wenn Menschen unterschiedlicher Religionen auf ganz selbstverständliche Weise miteinander sprechen, miteinander den Alltag teilen und gemeinsam die Gesellschaft gestalten“, erklärte der Vorsitzende der Unterkommission für den Interreligiösen Dialog der Deutschen Bischofskonferenz. Er würdigte eine „gesellschaftliche Relevanz“ von vielen lokalen Dialog-Initiativen hierzulande.

Meier äußerte sich im Zusammenhang mit einer Podiumsdiskussion, die online stattfand. Die von der Eugen-Biser-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung organisierte Veranstaltung widmete sich dem „Beitrag von Dialogbeauftragten der Religionsgemeinschaften und Vertretern gemischtkonfessioneller Dialogprojekte für ein gelingendes Zusammenleben“. Daran nahmen neben Meier die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, die evangelische Bischöfin Kirsten Fehrs, der Sprecher des Koordinationsrats der Muslime, Burhan Kesici, sowie der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, teil.

Die Teilnehmer tauschten sich vor allem über Praxisbeispiele der interreligiösen Dialogarbeit aus, darunter das von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) zusammen mit jüdischen und muslimischen Partnern initiierte Projekt „Weißt du, wer ich bin?“ und die Drei-Religionen-Schule im Bistum Osnabrück.

Die Religionsgemeinschaften seien gemeinsam „für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ verantwortlich, betonte Meier. Dies sei „in Zeiten, in denen Religion für Ausgrenzung und Spaltung, ja sogar für Krieg und Terror instrumentalisiert wird“, wichtiger denn je. Am Ende gehe es um die Sorge für „unser gemeinsames Haus“, wie er in Anlehnung an Papst Franziskus betonte. Meier nannte auch die Voraussetzungen für ein gelingendes Miteinander: „Ein aufrichtiger Dialog zeichnet sich durch das Selbst-Bewusstsein der

Gesprächspartner ebenso aus wie durch die Bereitschaft, auch eigene Schwächen und Lernerfahrungen zu reflektieren und ins Wort zu bringen.“

Widmann-Mauz bezeichnete den interreligiösen Dialog als Präventionsmittel gegen ein Auseinanderdriften der Gesellschaft. Er bewahre „vor Ideologien, die Religion benutzen, um die Gesellschaft zu spalten“, sagte sie. Kontakte zwischen Religionsvertretern zeigten, „dass uns so viel mehr eint, als uns trennen mag“. Die Politikerin ergänzte: „Der interreligiöse Dialog führt Menschen zusammen, baut Vorurteile ab. Ein Großteil der Bevölkerung ist gläubig, und zwar auf vielfältige Weise. Je besser sich die Gläubigen verstehen, desto besser ist das für die Gesellschaft.“

Widerspruch kam von Kesici, dem Vorsitzenden des Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland. Er sehe den Religionsdialog nicht als Prävention: „Damit erreichen wir die, die problematisch sind, nicht.“ Kesici attestierte dem Austausch indes eine positive Wandlung in den vergangenen Jahren: „Anfangs machte ich die Erfahrung, dass ich mich rechtfertigen musste für bestimmte Positionen, die ich teils gar nicht kannte. Heute läuft der Dialog auf Augenhöhe und es geht weniger um theologische als um gesellschaftliche Fragen.“

Bischöfin Kirsten Fehrs betonte, es gehe beim interreligiösen Dialog nicht darum, den anderen vom eigenen Glauben zu überzeugen. Der Dialog lebe vielmehr davon, „dass man sich mit dem Unterschied befreundet“. Gemeinsame Grundlage sei: „Man steht gemeinsam für die Würde des Menschen und gegen Gewalt ein.“ Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, mahnte, der Religionsdialog dürfe nicht nur von oben, von Spitzenvertretern aus, stattfinden. Es brauche auch einen Austausch von unten, etwa in Schulen. (kna öki 24.11.2020)

- **Im Vorgehen gegen Antisemitismus innerhalb der beiden großen Kirchen muss aus Sicht von Religionsvertretern noch stärker an der Basis angesetzt werden.** Judenfeindschaft gebe es auch unter Menschen, die in die Kirche gehen, sagte der Geschäftsführer der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Marcus Meier, bei einer online übertragenen Diskussionsveranstaltung zum christlich-jüdischen Dialog. Da stehe noch einiges an Arbeit an. Damit die Aufarbeitung und die Auseinandersetzung mit Antisemitismus nicht auf der „Leitungsebene“ der beiden großen Kirchen stecken blieben, müsse in den Gemeinden darüber diskutiert werden, mahnte Meier. Wenn man sich der Geschichte stelle, sei eine „aktive Auseinandersetzung in der Breite“ möglich. Schon jetzt gebe es unterschiedliche Projekte in diese Richtung.

Der Darmstädter Rabbiner Jehoschua Ahrens betonte: „Wir haben mehr gemeinsam, als uns trennt.“ Das bedeute aber nicht, dass Unterschiede im interreligiösen Dialog beiseite gekehrt werden sollten. „Wir sind ja nicht eins. Das müssen wir aber auch nicht. Das sind auch katholische und evangelische Christen nicht.“ Wichtig sei ein Miteinander, in dem die Juden nicht abgewertet würden. Ahrens und weitere christliche Vertreter auf dem Podium sprachen sich dafür aus, die Judaistik und auch das Thema Antisemitismus stärker in die theologische Ausbildung einzubringen. Der Pfarrer sei in der Gemeinde ein wichtiger „Multiplikator“, sagte der evangelische Theologe Andreas Pangritz. Daher hänge viel an dessen Ausbildung.

Mit Blick auf den christlich-jüdischen Dialog sprach Ahrens von einer „Geschichte der verpass-ten Chancen“, denn das Gespräch wäre häufiger möglich gewesen, als dass die Kirchen zugegriffen hätten. Lange Zeit habe es Menschen verankert sei, sei kein Wunder, weil sie eben lange kultiviert worden sei. Generell sei in der Gesellschaft zu beobachten, dass sich der Antisemitismus verstärke, mutiger, lauter und aggressiver werde, betonte Ahrens. Eine Rolle spielten dabei die Sozialen Medien. Worten folgten mitunter auch Taten. Deutschland sei im Kampf gegen Juden Hass weit gekommen, die Gesellschaft müsse aber weiter wachsam bleiben.

Derzeit ist der christlich-jüdische Dialog in Deutschland nach Einschätzung Ahrens in einer wichtigen Phase. Nachdem die beiden großen Kirchen erst spät in das Thema eingestiegen seien, sei man mittlerweile an einem Punkt, an dem „auf Augenhöhe“ diskutiert werde. Auf dem Weg zu diesem Punkt sei die Absage an eine Judenmission zentral gewesen. Gleichwohl befänden sich die Beteiligten in einer schwierigen Situation: „Wir sind auf Augenhöhe in einem richtigen Dialog. Zugleich hört uns kaum noch einer zu“, sagte Ahrens. Die Kirchen hätten sich stärker zu einer Zeit einbringen sollen, in der sie noch mehr Einfluss gehabt hätten. Dennoch lohne sich das Unterfangen und sei „keine verlorene Liebesmüh“, betonte der orthodoxe Rabbiner, der sich im interreligiösen Dialog engagiert und unter anderem *Director Central*

Europe des Center for Jewish-Christian Understanding and Cooperation (JCUC) in Jerusalem ist.

Damit Religionsgemeinschaften gehört würden, müssten sie mit einer Stimme sprechen und gemeinsam Stellung zu Themen beziehen, betonte Ahrens. So habe beispielsweise die Corona-Pandemie eine ganze Reihe von ethisch-moralischen Fragen aufgeworfen. Und hier seien dann eben doch die Religionen gefragt. „Da sehen wir, wir werden gebraucht als ethisch-moralische Instanzen. Wir haben etwas einzubringen abseits von karitativen Dingen.“ Hier sei es wichtig, gemeinsam zu handeln. Denn wenn das Bild entstehe, dass die Religionen im Konflikt miteinander seien, stelle sich die Frage, wie sie in der Gesellschaft wahrgenommen würden. – Veranstalter der Online-Debatte war die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Karl Rahner Akademie, dem Katholischen Bildungswerk und der Melancthon-Akademie in Köln. (kna öki 24.11.2020)

- **Jüdische Gemeindeglieder in Deutschland messen ihrer Mitgliedschaft laut einer Umfrage eine hohe Bedeutung bei.** Die große Mehrheit der befragten Mitglieder schätzte diese als sehr wichtig (68 Prozent) oder eher wichtig (26 Prozent) ein, wie der Zentralrat der Juden in Berlin mitteilte.

Unter den Juden, die nicht Mitglied in einer jüdischen Gemeinde sind, können sich demnach 37 Prozent einen Eintritt vorstellen, nennen dafür aber Bedingungen. Die Nichtmitglieder wünschten sich am häufigsten einen Ausbau der Willkommenskultur innerhalb der Gemeinden, mehr gelebte Vielfalt, dass sich auch nichtjüdische Familienangehörige wohl fühlen sowie einfachere Aufnahmeverfahren.

An der „Gemeindebarometer“ genannten Umfrage, die der Zentralrat in Zusammenarbeit mit dem *Joint Distribution Committee* durchgeführt hat, beteiligten sich nach den Angaben mehr als 2.700 Mitglieder jüdischer Gemeinden, ehemalige Gemeindeglieder und Nichtmitglieder ab 18 Jahren.

Zentralratspräsident Josef Schuster erklärte, dass die Umfrage „einen umfassenden Überblick über die Stimmungslage in unserer Gemeinschaft“ biete. „Da, wo der Schuh drückt, können wir jetzt gemeinsam mit den Gemeinden ansetzen, um die Gemeinden attraktiver zu machen und Mitglieder zu gewinnen“, sagte Schuster. Die Gemeinden bezeichnete er als einen „Garant für unseren Zusammenhalt“. (kna öki 24.11.2020)

- **Zum Jubiläum „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ unterstützt der Bund im kommenden Jahr mehrere jüdische Vorhaben und Bauprojekte von Synagogen.** Der Haushaltsausschuss des Bundestags gab nach Angaben von Abgeordneten dafür insgesamt mehr als 100 Millionen Euro frei. So werden aus dem Etat des Bundesinnenministeriums 42 Millionen Euro für die Umgestaltung der Synagoge in der Kölner Roonstraße zur Verfügung gestellt. Sie ist das Gotteshaus der ältesten jüdischen Gemeinde nördlich der Alpen. Die Eröffnung der Gemeinde in einem Edikt des römischen Kaisers Konstantin von 321 gilt als Anlass für das Jubiläumsjahr. Für damit verknüpfte Projekte fließen weitere 5,7 Millionen Euro, da es bereits viele Anträge gegeben habe. Als weiteren großen Posten habe der Haushaltsausschuss Mittel für den Wiederaufbau der Synagoge in Hamburg freigegeben, wie der Hamburger Bundestagsabgeordnete Rüdiger Kruse (CDU) mitteilte. Das einst größte jüdische Gotteshaus Norddeutschlands war in der NS-Zeit verwüstet und schwer beschädigt und schließlich abgerissen worden. Bei Baukosten von derzeit geschätzt rund 130 Millionen Euro entfielen auf den Bund 65 Millionen Euro. Die Hamburgische Bürgerschaft hatte sich im Februar für den Neubau eines jüdischen Gotteshauses an der Stelle der früheren Bornplatz-Synagoge ausgesprochen. Beschlossen werden soll der Etat vom Bundestag im Dezember. (kna öki 01.12.2020)

- **„Mehrreligionenhäuser“ in verschiedenen Ländern arbeiten künftig enger zusammen.** Der Auftakt war am 24. November bei einer digitalen Konferenz des Berliner Projekts „*House of One*“. Der Bau des „Bet- und Lehrhauses“ von Juden, Christen und Muslimen soll im kommenden Januar im Zentrum der Bundeshauptstadt beginnen. An der Konferenz beteiligten sich ähnliche Einrichtungen in Bern, Hannover, München, Wien und Wilhelmshaven. Der Stiftungsrats-Vorsitzende des „*House of One*“, Gregor Hohberg, erklärte, Ziel sei eine internationale Vernetzung der Mehrreligionenhäuser. Die Initiativen könnten „weltweit heilend wirken“, indem sie „ein respektvolles Gespräch zwischen den Religionen fördern“. Dazu gehöre die „Grundhaltung, die eigene Religion nicht für den Mittelpunkt der Welt zu halten“. Die Vizepräsidentin der Akademie der Weltreligionen an der Universität Hamburg, Anna Körs, hob hervor, weltweit gebe es immer mehr inter- und multireligiöse Orte. Als Beispiele nannte

sie „Räume der Stille“ an Flughäfen und „Gärten der Religionen“, die sich auch an die säkulare Gesellschaft richteten. Es seien öffentliche Stellungnahmen für eine plurale Gesellschaft. Solche Projekte förderten die „gelebte Toleranz“.

Der Berliner Philosoph Wilhelm Schmid bezeichnete vor allem den Raum des in Berlin geplanten Baus als „revolutionär“, der keiner Religionsgemeinschaft zugeordnet ist. Dort könne sich jeder Besucher die Frage stellen, was in seinem Leben wesentlich ist. Träger des Berliner Projekts sind die evangelische Kirchengemeinde Sankt Petri-Sankt Marien, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, die Rabbinerausbildungsstätte Abraham Geiger Kolleg und der muslimische Verein Forum Dialog. Ihr Sakralbau soll eine Synagoge, eine Kirche und eine Moschee unter einem Dach sowie einen zentralen Raum der Begegnung mit anderen religiösen und nichtreligiösen Menschen umfassen. Die Kosten des Projekts belaufen sich nach Angaben der Träger auf 47,2 Millionen Euro. (kna öki 01.12.2020)

- **Die von den EU-Staaten veröffentlichte Erklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus stößt bei Vertretern der jüdischen Gemeinschaft auf Zustimmung, aber auch Kritik.** Der Jüdische Weltkongress (WJC) begrüßte die Erklärung des EU-Rates als einen „deutlichen Schritt, Europa zu einem besseren Ort für Juden zu machen“. Ähnlich äußerte sich der Zentralrat der Juden in Deutschland. Auch die Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) sprach von einem „willkommenen Schritt in die richtige Richtung“, vermisst aber Garantien für die Religionsfreiheit.

WJC-Präsident Ronald S. Lauder erklärte, Europa habe ein „ernsthaftes und erschreckendes“ Antisemitismus-Problem. „Der Beschluss des Rates der Europäischen Union zeigt, dass Deutschland in seiner Ratspräsidentschaft und die Führung der EU insgesamt erkannt haben, welche Gefahr Antisemitismus und Hass auslösen und welche Bedrohung für die Gesellschaft und die Sicherheit sie darstellen, wenn man nicht einschreitet.“ Der WJC begrüßte, dass die Erklärung Antisemitismus als einen „Angriff auf die europäischen Werte“ und seine Bekämpfung als Priorität bezeichne sowie die Verbreitung von Judenfeindschaft im Zuge der Corona-Pandemie erwähne. Die Erklärung fordert verschiedene Maßnahmen gegen Antisemitismus, darunter auch die Bekämpfung von Hass im Internet sowie mehr Bildung zum Holocaust. Es brauche eine starke Antwort der Justiz auf antisemitische Umtriebe.

Der Präsident der orthodox geprägten CER, Moskaus Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, betonte, dass der Kampf gegen Extremismus und rechtsextreme Gruppen intensiviert werden müsse. Doch seien die Rabbiner enttäuscht, „dass in der Erklärung die Sitten und Gebräuche von Religionsgemeinschaften, die friedlich und getreu im Einklang mit den Werten der EU stehen, nicht erwähnt und offenbar als nicht schützenswert erachtet werden“. Wenn für die jüdischen Gemeinden in Europa die Glaubens- und Religionsfreiheit nicht garantiert werde, gebe es auch keine Garantie für eine jüdische Zukunft. – Immer wieder gibt es in EU-Mitgliedstaaten Debatten um die Zulässigkeit jüdischer und muslimischer Bräuche wie die Beschneidung von Jungen und das Schächten von Tieren.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, erklärte: „Wenn Europa seine Werte ernst nimmt, dann müssen Religionsfreiheit und der Kampf gegen Judenhass ganz oben auf der Agenda stehen.“ Die Ratserklärung sei ein wichtiger Schritt, um Antisemitismus in allen EU-Mitgliedstaaten zu bekämpfen und jüdisches Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Der Vizepräsident der EU-Kommission, Margaritis Schinas, bekräftigte, jüdisches Leben sei und werde stets Teil Europas bleiben. Man sei sich der Bedrohungen gegenüber Juden bewusst. Schinas kündigte für 2021 eine EU-Strategie zum Kampf gegen Antisemitismus als Ergänzung und Unterstützung der Bemühungen der Mitgliedstaaten an. (kna öki 08.12.2020)

- **Das weltweit größte jüdische Laubhüttenfest soll im nächsten Herbst in Deutschland stattfinden.** Die Aktion „Sukkot XXL“ soll Teil des bundesweiten jüdischen Festjahres 2021 werden, wie der Veranstalterverein „321“ in Köln erklärte. Das Aktionsjahr sei „in Zeiten, in denen ‚Jude‘ wieder zum Schimpfwort auf Schulhöfen geworden ist und antisemitische Verschwörungstheorien zu Corona durchs Land geistern, wichtiger denn je“, sagte der zweite Vorsitzende Joachim Gerhardt. Der Verein plant zudem ein mehrmonatiges Kulturfestival mit dem Titel „Mentsh!“ (Jiddisch für „Mensch“) sowie eine Reihe digitaler Formate von Podcasts über Videos bis zu einer Online-Ausstellung. Es werde eine Eröffnungsfeier unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier geben. Neben den Aktionen, die der Verein zentral durchführt, hätten sich 484 Projekte um eine Förderung beworben, hieß es. Diese müssten noch vom Bundesinnenministerium bewilligt werden. „Viele Initiativen und Vereine warten schon lange auf verlässliche Zusagen“, monierte der erste Vorsitzende Matthias Schreiber. Es müsse nun endlich politische Klarheit geben.

429 weitere Projekte sollen ohne Förderung realisiert werden. Der Verein teilte zudem mit, dass er eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg geschlossen hat. Staatsministerin Theresa Schopper (Grüne) erklärte, die verschiedenen Projekte und Aktionen könnten „Vielfalt jüdischen Lebens der Gegenwart, dessen Humor und Lebensfreude ebenso wie die wechselvolle, schmerzhaftes Geschichte des Zusammenlebens aufgreifen und vertiefen“. Das Land plant unter anderem einen Dokumentarfilm sowie Fachtagungen.

Das Laubhüttenfest (*Sukkot*) dauert mehrere Tage und ist charakterisiert von Dank und Freude. In Erinnerung an den Auszug aus Ägypten wird nach genauen Vorgaben eine mit Ästen, Stroh oder Laub gedeckte Hütte gebaut, die unter freiem Himmel stehen muss. In ihr wird während der Dauer von *Sukkot* gegessen. 2021 beginnt das Laubhüttenfest am Abend des 20. September und endet am 27. September. (kna öki 15.12.2020)

- **Antisemitische Darstellungen an historischen Gebäuden in Bayern sollen nicht entfernt, sondern geschichtlich eingeordnet werden.** Zu diesem Konsens ist ein runder Tisch von Experten gekommen, wie Ludwig Spaenle (CSU) in München bekanntgab. Nach den Worten des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe gibt es im Freistaat gut ein Dutzend solcher Schmäh-Darstellungen wie etwa die „Judensau“ am Regensburger Dom; deutschlandweit sollen es rund 50 sein. An dem runden Tisch hatten unter anderen Josef Schuster als Vorsitzender des Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern sowie Vertreter der beiden großen Kirchen und des Staates teilgenommen. Sie empfahlen zudem, die Darstellung am Bauobjekt deutlich kenntlich zu machen und für eine kompakte Beschriftung zu sorgen. Auch sei die individuelle Geschichte der Einzeldarstellung zu erläutern, einzuordnen und zu bewerten. Vertiefende Informationen könnten im Internet zur Verfügung gestellt werden, etwa über einen QR-Code. Ferner sollten Tourismusstellen weitergehende Informationen etwa bei Stadt- und Kirchenführungen vermitteln, hieß es. Die Beteiligten am runden Tisch rieten außerdem dazu, in jedem Fall einen Dialog zur konkreten Darstellung und ihrer Kommentierung zu führen. Dabei gelte es, Eigentümer, einschlägige Fachbehörden und die Israelitischen Kultusgemeinden einzubeziehen. Spaenle sei froh, dass es gelungen sei, einen Grundkonsens im Umgang mit judenfeindlichen Darstellungen an profanen und kirchlichen historischen Bauwerken zu finden. Wichtig sei, solche Bilder des Hasses nicht unkommentiert stehen zu lassen. Der Minister verwies darauf, dass auch andere Darstellungen etwa der „Synagoge“ im kirchlichen Kontext als Symbol für das Judentum sowie jüdische Grabsteine in christlichen Kirchen Fragen aufwürfen. Diese verlangten gleichfalls nach einer bewussteren Form des Umgangs. (kna öki 15.12.2020)
- **Am Kölner Dom soll ein neues Kunstwerk zum heutigen Verhältnis von Juden und Christen entstehen.** Das berichtete der Kölner Weihbischof Rolf Steinhäuser in einem Redaktionsgespräch mit dem Kölner Rabbiner Yechiel Brukner, wie die „Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln“ mitteilte. Das Kunstwerk solle ein Beitrag zum Gedenkjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ sein, das im kommenden Jahr bundesweit begangen wird. „Wir sind nicht stehen geblieben, wir sind miteinander weitergegangen und aufeinander zugegangen“, sagte Steinhäuser, der im Erzbistum für Ökumene und interreligiösen Dialog zuständig ist, zum Verhältnis von Christen und Juden. Eine interreligiös besetzte Projektgruppe, unter anderem mit Vertretern des Domkapitels und der Synagogengemeinde, plane derzeit die Ausschreibung für ein zeitgenössisches Kunstwerk – ohne bestimmte Vorgaben. Es solle „eine Ansage unserer Zeit“ werden, „ein großer Wurf“, so Steinhäuser. Der Anspruch sei hoch, schließlich habe dieses Projekt Vorzeigecharakter: „Der Dom ist die wichtigste Kirche in Deutschland, auf die alle schauen.“ Darüber hinaus möchte das Erzbistum durch die Auseinandersetzung mit antijüdischen Artefakten im und am Dom einen besonderen Beitrag zum Gedenkjahr leisten. Dies seien „Werke, die uns aus heutiger Sicht mindestens peinlich sein müssen und die wir außerordentlich bedauern“, so Steinhäuser. Als Beispiel nannte er die Darstellung einer sogenannten Judensau im mittelalterlichen Chorgestühl. Seit mehreren Jahren gebe es einen christlich-jüdischen Arbeitskreis, der sich mit dieser Thematik beschäftige. Rabbiner Brukner forderte ein radikaleres Vorgehen. „Großartig wäre, wenn man beschließen würde, ganz mutig und revolutionär: Schluss mit den antijüdischen Darstellungen im Dom!“ Man solle sie abmontieren, in ein Kämmerchen stellen und sagen, dass dies der Vergangenheit angehöre. (kna öki 15.12.2020)
- **Die Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg begrüßt den Kauf der Ruine des Israelitischen Tempels durch die Stadt Hamburg und fordert zugleich mehr öffentliche Unterstützung.** „Wir freuen uns, dass die Stadt Hamburg den Ursprungsort des liberalen Juden-

tums vor dem Verfall rettet“, sagte Vorstandsvorsitzende Galina Jarkova. „Dass die Öffentlichkeit wieder Zutritt zu diesem Tempel erhalten soll, entzückt uns umso mehr.“ Auch begrüße man die Unterstützung für die jüdische Einheitsgemeinde und den geplanten Wiederaufbau der Synagoge am Bornplatz, ergänzte Landesrabbiner Daniel Alter. Zugleich betonte er: „Wir würden uns wünschen, eine ebenso tatkräftige Unterstützung für die Lösung unserer aktuellen und bedrückenden Probleme zu erfahren.“

Die aktuell wieder über 330 Mitglieder zählende Liberale Jüdische Gemeinde habe derzeit keine eigenen Räumlichkeiten, sondern nutze eine ehemalige Turnhalle, die sie sich mit anderen Veranstaltern teile. Um eigene Räumlichkeiten zu erwerben, fehlten ihr Finanz- und Fördermittel, so Alter. Die Liberale Gemeinde gehört nicht der orthodox geprägten Einheitsgemeinde an. Gerne würde die Gemeinde ihren Anteil am „Wiederaufbau eines lebendigen und liberalen Judentums im Sinne eines Salomon Heine und als Ausdruck der Vielfältigkeit des jüdischen Lebens in Hamburg beitragen“, sagte Alter. Die Synagoge in der Poolstraße sei „ein wichtiger Ort und von herausragender internationaler Bedeutung“ für die liberalen jüdischen Gemeinden in Deutschland und für die insgesamt 2,2 Millionen progressiven Juden weltweit.

Der Hamburger Senat hatte mitgeteilt, dass die Stadt die denkmalgeschützte Ruine des ehemaligen Israelitischen Tempels in der Poolstraße erworben hat. Der 1844 errichtete Tempel war die weltweit erste Synagoge der liberalen Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Außerdem plant die Stadt den Wiederaufbau der früheren Synagoge der jüdischen Einheitsgemeinde am Bornplatz. Kürzlich hatte der Bundestag Mittel in Millionenhöhe für das Projekt freigegeben. (kna öki 22.12.2020)

- **Hochrangige Vertreterinnen der weltweiten jüdischen Gemeinschaft haben zu mehr Solidarität und Einheit aufgerufen.** Sie forderten auf einer Online-Konferenz des Jüdischen Weltkongresses (WJC) mehr Teilhabe von Frauen, damit sie noch stärker an wichtigen Entscheidungen in Politik, Gesellschaft und im religiösen Leben beteiligt sein könnten. Zudem warben sie für Begegnungen, die zu mehr gegenseitigem Respekt beitragen könnten, und auch für eine Veränderung von Sprache, die Frauen sichtbarer mache.

So würdigte die israelische Ministerin für Diaspora-Belange, Omer Yankelevich, jüdische Frauen als Brückenbauerinnen, die innerhalb der jüdischen Gemeinschaft und auch darüber hinaus vermitteln könnten. Frauen seien „aktive Triebkräfte“ für Veränderungen in der jüdischen Welt, und sie könnten Gemeinschaften zusammenbringen. Yankelevich rief dazu auf, stärker auf Gemeinsamkeiten als auf das Trennende zu schauen: „Wir haben viel gemeinsam.“ Ruth Calderon, früheres Mitglied des israelischen Parlaments, sagte, sie wünsche sich eine Zeit, in der Frauen ihr Jüdischsein feiern ungeachtet der unterschiedlichen Strömungen innerhalb des Judentums, denen sie angehören, und in der sie stärker als Juden denn als jüdische Frauen leben könnten.

WJC-Schatzmeisterin Chella Safra rief zur Einheit auf, durch die die jüdische Gemeinschaft sehr viel stärker sei. Vor allem Frauen trügen die „Fackel der Erziehung“ und beeinflussten so gesellschaftlichen Wandel. Sie betonte die Rolle von Toleranz: „Setzen Sie sich unterschiedlichen Menschen aus“, empfahl die im Libanon aufgewachsene Safra. Dort sei sie immer wieder Menschen aus den verschiedensten Religionsgemeinschaften begegnet, was sie stärker gemacht habe.

Mehrere Rabbinerinnen würdigten Regina Jonas, die erste Rabbinerin der Welt. Die gebürtige Berlinerin wirkte in der Stadt, bevor sie 1944 in Auschwitz ermordet wurde. Gesa Ederberg, Rabbinerin der Synagoge Oranienburger Straße in Berlin, rief dazu auf, Verdienste von Frauen zu würdigen, die in der Vergangenheit etwas bewirkt hätten. Es sei eine Herausforderung, dass Frauen oft lediglich zu „weiblichen“ Themen Stellung nehmen sollten, etwa zur Rolle der Frau.

Die Präsidentin der *Women's International Zionist Organization* (WIZO), Esther Mor, betonte, dass Gott alle Menschen liebe, trotz Unterschieden und Uneinigkeiten. Jeder könne sich seinen Fähigkeiten entsprechend einbringen. Als ein Beispiel für eine Zusammenarbeit ungeachtet von Unterschieden nannte Mor ein israelisches Projekt, in dem Kleinkinder von religiösen und säkularen Eltern gemeinsam erzogen würden.

Die Online-Konferenz beschäftigte sich mit Frauen im zeitgenössischen Judentum, Einheit und religiöser Vielfalt. Veranstalter war der WJC in Zusammenarbeit mit dem israelischen Ministerium für Diaspora-Angelegenheiten. (kna öki 22.12.2020)

- **Die Jüdische Gemeinde Oldenburg erhält den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.** Das beschloss die niedersächsische Landesregierung, wie die

Staatskanzlei mitteilte. Die Gemeinde erfülle alle geforderten Voraussetzungen. Sie sei in den 30 Jahren ihres Bestehens stetig gewachsen und habe eine „besondere Bedeutung im öffentlichen Leben erlangt“. Mit der Zuerkennung wird die Gemeinde den beiden großen christlichen Kirchen gleichgestellt. In Niedersachsen haben laut Staatskanzlei auch die Jüdischen Gemeinden Hannover, Osnabrück und Braunschweig sowie die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover diesen Status. Eine seit Anfang des 19. Jahrhunderts in Oldenburg existierende Synagogengemeinde hatte 1933 rund 280 Mitglieder. Nach dem Holocaust kehrten etwa 40 Juden in die Stadt zurück. Die Gemeinde löste sich 1962 auf, wurde aber 1992 neu gegründet. Sie hat derzeit 314 Mitglieder. (kna öki 22.12.2020)

- **Der Grundstein für das Berliner „House of One“ soll am 27. Mai 2021 gelegt werden.** Damit soll der symbolische Baustart wegen der Corona-Pandemie über ein Jahr später als geplant stattfinden, wie die Stiftung des Projekts in Berlin erklärte. Zuvor wird das Baugelände abschließend archäologisch untersucht. Der Bau des „Bet- und Lehrhauses“ von Juden, Christen und Muslimen erfolgt auf den Fundamenten der früheren evangelischen Petrikirche im Zentrum der Hauptstadt. Die Arbeiten werden auf vier Jahre und die Kosten auf 47 Millionen Euro veranschlagt. Davon trägt der Bund 20 Millionen Euro, das Land Berlin zehn Millionen Euro. Spenden und weitere Zuwendungen erbrachten bislang neun Millionen Euro, weitere will die Stiftung noch einwerben. Träger des Projekts sind die evangelische Kirchengemeinde Sankt Petri-Sankt Marien, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, das Abraham Geiger Kolleg und der muslimische Verein Forum Dialog. Der Sakralbau wird eine Synagoge, eine Kirche und eine Moschee unter einem Dach einen zentralen Raum der Begegnung mit anderen religiösen und nichtreligiösen Menschen umfassen. (kna öki 22.12.2020)
- **Der Wiener Theologe Jan-Heiner Tück spricht sich für die Wiedereinführung des Festtags der Beschneidung Jesu in der katholischen Kirche aus.** Angesichts eines gesellschaftlich wieder aufflackernden Antisemitismus seien die Kirchen aufgerufen, „an der Seite der Juden zu stehen“, sagte Tück in einem Interview des Deutschlandfunks. Das Christentum sei aus dem Judentum hervorgegangen, die Beschneidung stelle bis heute einen „Identitätsmarker für Juden“. Man könne darüber hinaus daran erinnern, „dass fast ein Drittel der männlichen Weltbevölkerung beschnitten ist“, so Tück. „Das Zeichen der Beschneidung berührt kulturelle, religiöse, medizinische und auch noch andere Aspekte.“ Das Fest „Beschneidung des Herrn“ wurde in der katholischen Kirche immer am 1. Januar gefeiert – bis zur Liturgiereform von 1969. Derzeit wird am ersten Tag des neuen Jahres das Hochfest der Gottesmutter Maria begangen. Tück ist Herausgeber eines unlängst im Verlag Herder erschienenen Bandes mit Aufsätzen zu dem Thema. Ein Vorwort steuert Kurienkardinal Walter Kasper bei. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Münchner Kardinal Reinhard Marx eine mögliche Wiedereinführung des Festes begrüßt. Auf die Frage, wie Papst Franziskus das Thema sehe, antwortete Tück in dem Interview: „Man weiß von ihm, dass er sehr sensibel im Blick auf das Judentum ist. Insofern ist es nicht völlig unwahrscheinlich, dass er sich diesen Vorstoß auch zu eigen macht.“ Allerdings habe es aus der dafür zuständigen Gottesdienstkongregation noch keine Signale gegeben. In der katholischen Kirche bräuchten Reformen erfahrungsgemäß viel Zeit. (kna öki 05.01.2021)
- **„Schalom Aleikum. Jüdisch-muslimischer Dialog“ ist ein bundesweites Projekt des Zentralrats der Juden in Deutschland.** Ziel ist ein offener Austausch zwischen jüdischen und muslimischen Akteuren der Zivilgesellschaft jenseits der Funktionärszene. So gab es in der Vergangenheit beispielsweise Veranstaltungen mit Ärzten, Sportlern und Unternehmern. „Das Dialogprojekt hat das konkrete Ziel, Antisemitismus gar nicht erst entstehen zu lassen. Denn wer aus seiner Lebensrealität heraus miteinander spricht, geht ohne Vorbehalte aufeinander zu“, heißt es beim Zentralrat der Juden. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, fördert das Projekt. (kna öki 05.01.2021)
- **Jüdisches Leben in Deutschland seit 1.700 Jahren** Von Christoph Arens. Deutschland und das Abendland seien christlich-jüdisch geprägt, heißt es häufig. Das klingt so, als sei alles ganz wunderbar gelaufen zwischen Christen und Juden. Dabei ist die Geschichte der Juden in Deutschland vielfach von Verfolgung und Mord geprägt. Fest steht: Jüdisches Leben lässt sich auf deutschem Boden seit 1.700 Jahren nachweisen. Der älteste schriftliche Nachweis stammt aus dem Jahr 321 aus Köln. Damals erlaubte der römische Kaiser Konstantin seinem Statthalter in Colonia, auch Juden in den Rat zu berufen. Deshalb wird in diesem Jahr bundesweit gefeiert. Im Karolingerreich im 9. Jahrhundert tauchten Juden vor allem als einzelne Händler oder Diplomaten auf. Die ältesten urkundlich bezeugten Gemeinden siedelten seit dem 10.

Jahrhundert in Bischofsstädten wie Mainz, Trier, Worms und Speyer. Auch in Regensburg sind bereits für das Jahr 981 Juden bezeugt. Im ausgehenden 10. Jahrhundert gab es nach Schätzungen rund 4.000 bis 5.000 jüdische Einwohner im Reich. Bis 1350 erreichten die Gemeinden ihren zahlenmäßigen und kulturellen Höchststand. Fürsten und Bischöfe stellten die Juden unter Schutz und verliehen ihnen Handelsprivilegien. Händler, Geldverleiher oder Verwalter von Münzstätten: Ihre wirtschaftliche Bedeutung in den blühenden Städten des Hochmittelalters dokumentiert sich in der marktnahen Lage des jeweiligen Judenviertels. In Mainz, Worms und Speyer entstanden im 11. Jahrhundert zudem bedeutende Gelehrten-schulen.

Doch schon die Kreuzzüge führten zu massiven Pogromen; die Kreuzritter metzelten entlang des Rheins ganze Gemeinden nieder. Nach den Pestpogromen des 14. Jahrhunderts sollte das jüdische Leben bis ins 19. Jahrhundert hinein nie wieder die Blüte erreichen, die es vor 1350 erlebt hatte. Allerdings: Herrscher und Städte blieben auf die Juden angewiesen. Juden wurden in eine Außenseiterrolle gedrängt, weil sie einerseits keinen Zugang zu Zünften und anerkannten Handwerksberufen hatten, andererseits jedoch das Zinsverbot für sie nicht galt. In den Städten wurden Juden nach und nach in Ghettos gedrängt. Kirchliche Konzile verlangten von ihnen, sich durch Judenhut oder gelbe Flecke auf der Kleidung kenntlich zu machen. Zwangspredigten und -taufen führten, verbunden mit den Vorwürfen des Hostien-frevels und der Blutschuldlüge, immer wieder zu Pogromen oder Ausweisungen. Die Hoffnungen auf mehr Toleranz durch Humanismus und Reformation erfüllten sich nicht – wie auch in Luthers berühmter Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ von 1543 deutlich wird.

Das Zeitalter der Aufklärung eröffnete neue Perspektiven. Lessings „Nathan der Weise“ formulierte 1779 das Modell eines toleranten Umgangs der großen Weltreligionen. 1782 verbesserte Kaiser Joseph II. die Situation der Juden in den österreichischen Erblanden. Die Französische Revolution und Napoleon brachten auch den Juden in Gebieten des heutigen Deutschland zwischenzeitlich rechtliche Gleichstellung

Dennoch blieb die Lage prekär. Bis weit ins 19. Jahrhundert äußerte sich eine latente Juden-feindschaft in antijüdischen Aktionen und Pogromen. Die Industrialisierung eröffnete dann erstmals mehr Freiräume. Viele Juden schafften den Aufstieg in den Mittelstand. Sie drängten in akademische Berufe, wurden Ärzte und Rechtsanwälte. Staatsdienst und Militär blieben ihnen allerdings lange verschlossen. Mehrheitlich patriotisch gesinnt und kulturell integriert, wurden sie zu einer Kerngruppe des aufblühenden Bürgertums. 1869 erklärten der Norddeutsche Reichstag und 1871 der gesamtdeutsche Reichstag die bürgerliche Gleich-stellung der Juden zum Gesetz.

Die Kehrseite war ein immer lauter werdender Antisemitismus, der sich nicht mehr nur auf religiösen Judenhass, sondern zunehmend auf vermeintliche rassische Unterschiede berief. So wandte sich Richard Wagner mit rassistischen Argumenten gegen den Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy. 1878 formulierte der Historiker Heinrich von Treitschke die Formel „Die Juden sind unser Unglück“. Auch die Weimarer Republik war für Juden äußerst ambivalent. Auf der einen Seite fielen alle rechtlichen Beschränkungen. Andererseits verstärkten die Krisen den Einfluss der Antisemiten. Sie gaben Juden die Schuld an der Niederlage im Ersten Weltkrieg. „Ostjuden“ und der vermeintlich große Einfluss der Juden in Kultur, Medien und Wirtschaft wurden bevorzugte Angriffsziele.

Daran knüpften die Nationalsozialisten an. Die jüdischen Bürger wurden zunehmend ihrer Existenzgrundlage beraubt, von Deportation und Vernichtung bedroht. 1933 lebten im Deutschen Reich rund 570.000 Juden. Im Holocaust wurden 180.000 von ihnen ermordet. 1950 gab es in Deutschland noch etwa 15.000 Juden. Eine Zukunft jüdischen Lebens im Land der Täter schien unwahrscheinlich.

Heute gehören wieder mehr als 100.000 Juden zu den offiziellen Gemeinden. Spitzenorgani-sation ist der 1950 gegründete Zentralrat der Juden. Allerdings: Antisemitische Übergriffe und Beschimpfungen haben wieder zugenommen. Jüdische Einrichtungen stehen unter Polizei-schutz. Nicht erst seit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 zum höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, seit dem Erstarken von Rechtsradikalismus und Verschwörungstheorien und anhaltendem Islamismus beschleicht Juden in Deutschland wieder das Gefühl, existenziell bedroht zu sein. (kna öki 05.01.2021)

- **Die orthodox geprägte Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) öffnet sich nun auch für Mitglieder außerhalb des Kontinents.** Es wird ein internationales Netzwerk geschaffen, so dass sich Rabbiner stärker austauschen und unterstützen können, wie die CER mitteilte. Dieser Bedarf habe in der Corona-Pandemie zugenommen. Damit künftig international assoziierte Mitglieder der CER beitreten könnten, sei eine „Assembly of

International Associated Members“ (AIAM) als internationale Abteilung gegründet worden. Sie wird vom Oberrabbiner von Südafrika, Warren Goldstein, sowie dem israelischen Rabbiner David Yosef geleitet.

An einer Mitgliedschaft interessiert seien Rabbiner und jüdische Gemeinden aus Marokko, Tunesien, Iran, der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Südafrika und Südamerika, hieß es. Die CER unterstütze seit dem Zweiten Weltkrieg Gemeinden aus ganz Europa. „Heute hat die Covid- 19-Pandemie enorme globale Auswirkungen auf das Gemeindeleben, und es ist wichtig, dass internationale jüdische Gemeinden und ihre spirituellen Führer zusammenarbeiten, um sich in dieser schwierigen Zeit gegenseitig zu unterstützen“, betonte CER-Präsident Pinchas Goldschmidt, Oberrabbiner von Moskau. Die beiden neuen AIAM-Leiter brächten einen „großen Erfahrungsschatz“ mit und seien ein „großer Gewinn“ für die CER. Als Europäisches Rabbinat vertritt die CER nach eigenen Angaben rund 1.000 orthodoxe Rabbiner und die größten jüdischen Gemeinden Europas. (kna öki 19.01.2021)

- **Experten warnen vor den Auswirkungen von islamistischer Propaganda im Netz auf Jugendliche.** Extremisten setzten verstärkt auf emotionale Themen wie Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Ohnmacht und nutzten im Windschatten von Protesten gegen Rassismus und rechten Terror jugendaffine Darstellungsformen, etwa auf *Instagram* oder *Youtube*. Auch inszenierten sie sich als „moralische Autorität“. Dies ist das zentrale Ergebnis des Berichts „Islamismus im Netz 2019/20“ von *jugendschutz.net*, dem gemeinsamen Kompetenzzentrum von Bund und Ländern.

Demnach versuchen Islamisten, innerhalb der Grenzen des Erlaubten zu bleiben. Ihre demokratiefeindliche Haltung zeige sich aber in der Gesamtschau ihrer medialen Aktivitäten. Zwar hätten explizite Inhalte mit dem Niedergang der Terrororganisation „Islamischer Staat“ abgenommen, es gebe aber keinen Grund zur Entwarnung, sagte der Leiter von *jugendschutz.net*, Stefan Glaser. „Islamisten sind im Netz weiter stark präsent, machen ihre Angebote anschlussfähig und tarnen sie als Teil der bunten Webkultur.“ Sie instrumentalisierten Terroranschläge wie in Hanau oder die Corona-Pandemie und brächten mit ihren Parolen junge Menschen gegen Menschenrechte und Demokratie auf. *jugendschutz.net* erfasste laut dem Bericht im Jahr 2019 in diesem Bereich 891 Verstöße. In den meisten Fällen habe es sich um die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gehandelt. Mehr als 90 Prozent fanden sich in Sozialen Medien. Das Zentrum leitete 1.649 Maßnahmen ein. In 85 Prozent der Fälle habe durch einen Hinweis an den Internetanbieter eine Löschung oder Sperrung erreicht werden können. Internetdiensten komme eine besondere Verantwortung zu, sagte Glaser weiter. „Sie müssen unzulässige Inhalte schneller löschen, hier sind einige noch zu zaghaft.“ So blieben in Sozialen Netzwerken und Messengern Inhalte und Symbole verbotener Organisationen trotz Meldung bisweilen noch zu lange online.

Kinder und Jugendliche müssten besonders geschützt werden, sagte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD). „Verzerrte Weltbilder und demokratiefeindliches Gedankengut können gerade Jüngere beeinflussen und verstören.“ Dagegen würden Medienkompetenz und Demokratieerziehung helfen. Giffey warb zugleich für die geplante Reform des Jugendschutzgesetzes, zu der im Bundestag Experten angehört wurden. (kna öki 19.01.2021)

- **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier plädiert dafür, dass sich mehr jüdische Deutsche in der Politik engagieren.** Jüdisches Leben sollte stärker als „ganz alltäglicher Teil unser vielfältigen Gesellschaft“ wahrgenommen werden, sagte er in einem Interview für den Verein „321-2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Staat und Gesellschaft müssten aber dafür Sorge tragen, dass sich jüdische Kultur und Religiosität in der Bundesrepublik frei und sicher entfalten könnten. In den vergangenen Jahren hätten sich Antisemitismus, Fremdenhass, Nationalismus, religiös verbrämter Extremismus und Rassismus „immer unverhohlener“ gezeigt, so Steinmeier. Er forderte von Politik und Gesellschaft, sich stärker gegen Antisemitismus aufzulehnen: „Niemand darf wegschauen.“ Nur wenn Juden hier vollkommen sicher und zuhause seien, sei Deutschland vollkommen bei sich. (kna öki 26.01.2021)
- **Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hat die Aufarbeitung von historischem Antisemitismus und Holocaust durch die Führung der großen Kirchen gelobt.** Die früher verbreitete Judenfeindlichkeit der Kirchen sei im 19. Jahrhundert der Nährboden des rassistischen Antisemitismus gewesen, sagte Schuster beim Online-Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing. Beide Kirchen hätten dies in ihrem Handeln verinnerlicht. „Es ist diese Haltung der Kirche, die dazu beiträgt, dass heute das christlich-jüdische Verhältnis so gut ist, wie es wohl noch nie in der Geschichte war.“

Schuster hielt den Festvortrag „Bedroht, beschützt, beheimatet: Jüdisches Leben heute“. Hintergrund ist das aktuelle Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“.

Schuster ergänzte: „Die historische Aufarbeitung, die an der Spitze der beiden christlichen Kirchen geleistet wurde, vermisste ich allerdings in der Breite unserer Gesellschaft. Sowohl habe ich manchmal Zweifel, wie viel bei der Basis, in den einzelnen Kirchengemeinden ankommt, als auch sehe ich große Defizite insgesamt in der Gesellschaft.“ Umfragen zeigten immer wieder große Lücken in Kenntnissen über die *Schoah*. „Im vergangenen Jahr zum Beispiel konnten in einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF nur 20 Prozent der Befragten angeben, dass für den Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz gewählt wurde. Fast 70 Prozent sagten, den Anlass für das Datum des Gedenktags nicht zu kennen“, so Schuster. Gerade bei jungen Menschen könne man nur noch wenig Wissen voraussetzen.

Umso wichtiger sei die Rolle von Gedenkstätten, so Schuster. Neben dem Schulunterricht biete deren Besuch die beste Möglichkeit, um Kenntnisse zu vermitteln und Empathie mit den Opfern zu schaffen. „Ich wiederhole daher meine Forderung, in ganz Deutschland KZ-Gedenkstättenbesuche verpflichtend für Schüler weiterführender Schulen zu machen. Ebenso sind sie für Auszubildende der Polizei und der Justiz sehr sinnvoll!“

Der bayerische Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm sagte in einem Grußwort, das Festjahr biete Gelegenheit, „sich nicht nur mit Angriffen auf das Judentum auseinanderzusetzen, sondern vor allem positiv seinen großen Beitrag zum Reichtum der religiösen und kulturellen Traditionen in Geschichte und Gegenwart unseres Landes sichtbar zu machen“. Bedford-Strohm erklärte: „Wir wissen in der Breite viel zu wenig über das gelebte Judentum in Deutschland, über so vieles, aus dem wir alle – jenseits religiöser und weltanschaulicher Grenzen – Inspiration bekommen können.“ (kna öki 02.02.2021)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **In der Debatte über die Besetzung des Direktorenpostens in der Jerusalemer Holocaustgedenkstätte *Yad Vashem* kommt scharfe Kritik auch von deutschen Rabbinern.** Der Vorsitzende der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschland (ARK), Rabbiner Andreas Nachama, wandte sich gegen einen „Ruck nach rechts“. *Yad Vashem* bedeute „ein Zeichen und ein Name“. Als Historiker und Kind von Überlebenden sei er dankbar, dass es diese Gedenkstätte seit 1953 gibt, betonte Nachama. „Das biblische Buch Jesaja, in dem diese Worte erscheinen, ist universalistisch ausgelegt, und so passt es, dass die Gedenkstätte für die Opfer der *Schoah* Toleranz einfordert und gegen antidemokratische und menschenfeindliche Positionen einsteht.“

Die Nominierung des israelischen nationalreligiösen Hardliners Ephraim „Effi“ Eitam als Vorsitzender von *Yad Vashem* widerspreche jedoch all dem, betonte Nachama. Eitam fehle „jegliche Expertise“ in der fachlichen Auseinandersetzung mit den Themen *Schoah* und Erinnerungskultur. Er habe sich gegenüber arabisch-israelischen Staatsbürgern und Palästinensern vor allem als Rassist einen Namen gemacht. Nachama betonte, er könne nicht für alle 30 ARK-Mitglieder sprechen, sei aber dadurch bestärkt, dass auch der Ehrenvorsitzende, Henry G. Brandt, die Rabbiner Walter Homolka und Elisa Klapheck seine Vorbehalte und Einwände teilten. Eine Gruppe deutscher Rabbiner und jüdischer Wissenschaftler veröffentlichte dazu ein Schreiben an den „Freundeskreis von *Yad Vashem* in Deutschland“. Initiatoren sind Homolka und der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt, Meron Mendel; zu den weiteren Unterzeichnern gehören Nachama und der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik.

Yad Vashem sei ein Bezugspunkt für alle Angehörigen der *Schoah*-Opfer und Überlebenden, betonte Nachama. „Es ist leider keine politisch unabhängige Einrichtung, hat aber auch keine Deutungshoheit für jüdisches Denken.“ 75 Jahre nach der *Schoah* brauche es „vielleicht eine neue Programmatik, neue pädagogische Programme für die Diaspora und für nichtjüdische Jugendliche, jedoch sicherlich keinen Ruck nach rechts“. – Eitam gilt als rechts-nationaler Hardliner. Er forderte u.a. die Vertreibung von Palästinensern aus den besetzten Gebieten sowie den Ausschluss arabischer Israelis aus dem politischen System Israels. Der amtierende Direktor Avner Schalev (81) hatte im Sommer angekündigt, sein Amt nach 27 Jahren zum Jahresende niederzulegen. Laut Berichten steht die Gedenkstätte wegen einem deutlichen Spendenrückgang und ausstehenden staatlichen Geldern finanziell unter Druck. (kna öki 01.12.2020)

3. Personen

- **Das Münchener Festival „ausARTen“ von Juden und Muslimen wird ausgezeichnet.** Es erhält den mit 5.000 Euro dotierten „EVZ Foundation Award for Jewish-Muslim Solidarity“, wie die EVZ-Stiftung in Berlin bekanntgab. Das Kunst- und Kulturfestival „ausARTen“ wird vom Münchner Forum für Islam veranstaltet. Nach Angaben der EVZ-Stiftung sieht es Juden und Muslime als Verbündete mit gemeinsamen Herausforderungen und Interessen. (kna öki 08.12.2020)
- **Shneur Trebnik, Leiter der jüdischen Gemeinde in Ulm, und Moshe Flomenmann, Landesrabbiner von Baden und Rabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde Lörrach,** werden die ersten Polizeirabbiner in Deutschland. Die jüdischen Seelsorger sollen angehenden Polizisten während ihrer Ausbildung Wissen über das jüdische Leben vermitteln und allen Polizeimitarbeitern sowie Angehörigen als Vertrauensperson zur Verfügung stehen, wie das Landesinnenministerium von Baden-Württemberg mitteilte. Es unterzeichnete eine entsprechende, zunächst zwei Jahre laufende Vereinbarung, mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW). (kna öki 05.01.2021)

4. Bücher

- **„Israel trägt die Kirche.“ Zur Theologie der Beziehung von Kirche und Juden von H.H. Henrix.** Von Monika Beck
Der christlich-jüdische Dialog sei mit dem Blut von sechs Millionen jüdischen Opfern bezahlt worden, schreibt Schalom Ben-Chorin (1913-99). In der Beziehung der katholischen Kirche zum Judentum stelle das Zweite Vatikanische Konzil eine Wende von 180 Grad dar. Kardinal Walter Kasper, ehemals Vorsitzender der Vatikanischen Kommission zum Verhältnis der Kirche zum jüdischen Volk, nenne die Erklärung *Nostra aetate* den „Anfang der Anfänge“, erklärt Hans Hermann Henrix, selbst emeritierter Berater im genannten Gremium. In seinem neuen Buch „Israel trägt die Kirche“ beleuchtet er den Werdegang des Konzilsdokuments zur Position der katholischen Kirche zu den nichtchristlichen Religionen und führt den Leser durch eine 50-jährige Entwicklung von „Fremdsein und Feindschaft“ zur „Freundschaft und Brüderlichkeit“ (so Papst Franziskus bei seinem Besuch in der Großen Synagoge von Rom am 17. Januar 2016).

Erst wollten die Konzilsväter eine eigene Erklärung zum Judentum verfassen, was jedoch am Widerstand der Christen in den arabischen Ländern scheiterte. So stehen in *Nostra aetate* „Mutter-“ und „Tochterreligion“ im allgemeinen Kontext der Beziehungen der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen. Doch beim aufmerksamen Lesen der von Henrix dargestellten Rezeptionsgeschichte merkt man, dass im Lauf von fünf Jahrzehnten das katholisch-jüdische Verhältnis doch eine Sonderstellung eingenommen hat.

Die leider schon von den Kirchenvätern in den ersten christliche Jahrhunderten vertretene Substitutionslehre (die Kirche habe Israel in der Heilsgeschichte abgelöst) führte zu Verfolgung, Pogromen und Mord an der jüdischen Minderheit Europas, was schließlich in der Schoah mündete. Zwar widerspricht der rassistische Antisemitismus der kirchlichen Lehre, doch der Nährboden für den Holocaust wurde von der langen Geschichte des christlichen Antijudaismus bereitet. Die durch die Aufklärung sowie die Französische Revolution gewährleistete bürgerliche Emanzipation der Juden ließ veränderte Haltung zu deren Religion außer Acht.

Erst in *Nostra aetate* wurde die bleibende Erwählung Israels auch nach Christi Geburt als der ungekündigte Bund Gottes mit dem jüdischen Volk ratifiziert sowie die Beschuldigung des „Gottesmordes“ aufgehoben. Ergriffen vom Besuch des französischen Juden und Holocaustüberlebenden Jules Issac, sei das Judentum ein zentrales Anliegen von Papst Johannes XXIII. geworden, dessen „Herz“ die katholische Wende in der Beziehung zum Judentum zu verdanken sei, so Henrix. Durch den Tod dieses Papstes noch während des Konzils wurde Paul VI. zum Architekten von *Nostra aetate*. Doch erst die Bezeichnung des Jüdischen als zum Inneren des Christentums gehörend durch Johannes Paul II. (beim Besuch der Großen Synagoge von Rom am 13. April 1986) und die diese später bekräftigende Aussage des argentinischen Papstes, dass Gott fortwährend und auch in der Gegenwart in seinem auserwählten Volk wirke (im Apostolischen Schreiben *Evangelii nuntiandi*), hoben das

Judentum aus der Gesamtheit der anderen nicht-christlichen Religionen heraus und gaben den Beziehungen zu ihnen eine Sonderstellung.

Diese päpstlichen Äußerungen sind keineswegs als Synkretismus zu missdeuten. Die Unterschiede der beiden Glaubensweisen bleiben erhalten als eine „reiche Komplementarität“ (Franziskus). Eine wichtige Auswirkung des Konzils sowie dessen Rezeptionsgeschichte war die Absage an eine Judenmission; in der Karfreitagliturgie beten die Katholiken für die Juden, dass sie ihre Treue zu Gott bewahren. Doch in der Neufassung dieser Liturgie für den außerordentlichen Ritus durch Benedikt XVI. (2008) zeigt sich wieder das Motiv der Judenbekehrung. Für Irritationen sorgte auch die Aufhebung der Exkommunikation der vier Weihbischöfe aus der das Zweite Vatikanum ablehnenden Piusbruderschaft im Januar 2009, darunter auch eines Holocaustleugners.

Doch *Nostra aetate* sowie deren Rezeptionsgeschichte führten trotz Rückschlägen nach anfänglichem Skepsis zu der Anerkennung durch die Repräsentanten des Judentums, für Henrix mit Recht „ein Wandel ohne historische Parallele“. Erst in einem Dokument des liberalen sowie Reformjudentums (*Dabru Emet – Redet die Wahrheit* am 10. September 2000). Schließlich – mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Promulgation von *Nostra aetate* – gab auch die jüdische Orthodoxie ihren Widerstand auf. Orthodoxe Rabbiner übergaben zwei Dokumente an Papst Franziskus: „Den Willen unseres Vaters im Himmel tun“ (3. Dezember 2015) und „Zwischen Jerusalem und Rom“ (31. August 2017). Nun sahen die orthodoxen Vertreter im Christentum nicht mehr eine „awoda sara“, eine fremde bzw. abtrünnige Religion, sondern auch einen Ausdruck „des Willens des Vaters im Himmel“, und Jerusalem und Rom wurden von Gegnern zu Partnern.

Der Autor bemängelt das lange Ausblenden des Judentums aus der inneren Ökumene der christlichen Konfessionen. Doch *Nostra aetate* inspirierte auch die Kirchen des Protestantismus, in die große Ökumene mit dem Judentum einzutreten sowie den Antijudaismus aus den eigenen Traditionen zu beseitigen. Protestantische Stellungnahmen zum Judentum wie die Erklärung der evangelischen Kirchen im Rheinland 1980 mehrten sich. Henrix betont den besonderen Vorteil auch für die Kirchen, wenn sie das Judentum in ihr innerchristliches Verhältnis einbeziehen. Aufgrund der Lutherforschung meint der Autor, dass in der Frühschrift des Reformators „Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei“ (1523) und dessen Spätwerk „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543) ein kontinuierlicher Antijudaismus bestehe. Dazu sei der Zeitgeist des 16. europäischen Jahrhunderts zu berücksichtigen, der allgemein als antijüdisch galt. Und im Kontext dieser Haltung stellt die erstmalige christliche Äußerung durch Luther, dass Gottes Sohn als Jude geboren wurde, eine revolutionäre Behauptung dar. Man sollte nicht vergessen, dass manche christlichen Theologen heute noch die Feststellung des polnischen Papstes, dass die Menschwerdung Gottes gleichzeitig die Inkulturation in das Judentum darstelle, außer Acht lassen.

Eine besondere Stärke des Buchs von Henrix liegt darin, das Jüdische auch aus dem Dogma des Konzils von Chalzedon über die Inkarnation Gottes herauszustellen. Die chalzedonischen Konzilsväter formulierten mit ihrer Rede von den zwei Naturen Jesu („wahrer Gott und wahrer Mensch“, „ungetrennt und unvermischt“) eigentlich die Absonderung des Christentums vom Judentum schlechthin. Doch Henrix betont, dass die Bezeichnung „unvermischt“ klar mache, dass Jesus kein Gott-Mensch-Zwitzer sei, sondern wahrer, vollständiger Mensch. Der Autor deutet auf die Platzierung Marias in die Mitte des doppelten Wesens ihres vom Heiligen Geist empfangenen Kindes – eine jüdische Frau, die Gottes Sohn als Juden zur Welt gebracht hatte. Als Bestätigung kann man diesbezüglich noch den jüdisch-halachischen Grundsatz hinzufügen: „Wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde, sei selber Jude.“

Als eine Schwäche des Buchs kann man die Verharmlosung des latenten Rückschlags im Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, besonders zum Judentum, im Pontifikat von Benedikt XVI. sehen; auch wenn der zukünftige Pontifex als Theologieprofessor einen Meilenstein im interreligiösen Dialog gesetzt hatte durch seine Aussage, zu Gott führten so viele Wege, wie es Menschen gebe. *Nostra aetate*, weitergeführt durch das katholisch-jüdische Versöhnungswerk durch Johannes Paul II, ließ aber kein Abweichen mehr zu. Der neue Nachfolger Petri musste auf dem Weg seines Vorgängers weiter schreiten. In seinem in der Zeitschrift „*Communio*“ veröffentlichten Artikel versucht der inzwischen emeritierte Papst nicht nur die Substitutionslehre des Augustinus zu entschärfen, der den Fortbestand des Judentums nur als Negativfolie für die „allein selig machende Kirche“ akzeptiert hatte. Benedikt selbst nimmt eine Substitution vor: Gott habe zwar seinen Bund mit Israel nicht gekündigt, doch die Bundesschlüsse im Ersten Testament seien bloß Verheißungen; die Erfüllung finde erst in Jesus Christus statt. Die Emmaus-Jünger werden sinnbildlich für eine neue

Leseweise der Hebräischen Schrift gedeutet, und das Sühneopfer Jesu habe den jüdischen Tieropferkult abgelöst.

Es wird dabei das rabbinische Judentum ignoriert, das parallel mit dem Christentum aus der Hebräischen Bibel hervorgegangen war; ausgezeichnet durch eine spirituelle Verinnerlichung, wobei „der Gottesdienst des Herzens“ den Opferkult ablöste. In der Mischnah (zusammen mit der Gemara der Talmud) wurden die biblischen Inhalte in einer stets neuen Weise gedeutet. Im 12. Jahrhundert bereicherte der jüdische Aristoteliker Maimonides auch die christliche Scholastik. Nicht zu vergessen die im 17. Jahrhundert in Osteuropa nach schmerzlichen geschichtlichen Einschnitten entstandene Chassidische Bewegung, die die Spiritualität eines in Alltagsbeschäftigungen geheiligten, Gott dienenden Lebens hochhielt (im 20. Jahrhundert neuentdeckt und zeitgemäß ausgelegt durch Martin Buber). „Tikun Olam“, die „Verbesserung der Welt“ beseelte auch die Vertreter der sogenannten „Jüdischen Renaissance“ in Deutschland der 1920er Jahre. Eine ihrer wichtigsten Vertreterinnen, die Philosophin Margarete Susman (1872-1966), betonte, dass ohne jüdisches Zutun (d.h. die im Judentum gegenwärtigen Ethik) die Menschheit in den Abgrund stürzen würde; die Rettung der Menschheit sei mithin eine jüdische Aufgabe, wobei die Philosophin auch über einen „Opfergang Israels“ schrieb. Der Gedanke an einen dritten Jerusalemer Tempel verlor in der nachbiblischen Diaspora immer mehr die Vorstellung von einem architektonischen Gebilde, sondern wurde als von Gott errichtetes eschatologisches Werk angesehen, gleich dem „Himmlichen Jerusalem“ in der „Offenbarung des Johannes“. Das scheint Benedikt auch entgangen zu sein.

Es ist auch verfehlt, wie es der emeritierte Papst in seinem erwähnten Aufsatz betont, die Messiasfrage als das Trennende schlechthin zwischen Judentum und Christentum zu bezeichnen. Schalom Ben Chorin nennt klar, den entscheidenden Unterschied in den christlichen Dogmen der Menschwerdung sowie der Trinität. Maßgebend in der jüdischen Religion ist die messianische Zeit und nicht die Gestalt eines Messias. Es besteht sogar u.a. die Vorstellung der Errichtung des Gottesreichs auf Erden auch ohne einen persönlichen Messias. Wenn Juden auf den messianischen Frieden warten und Christen dessen Verwirklichung durch die Wiederkunft Jesu erwarten, kann dies auch zum Gesprächsthema werden.

Zwei Jahrtausende verstanden die Christen unter dem Begriff des Judentums bloß das sogenannte Alte Testament (Hebräische Bibel). Man soll in dem durch Nostra aetate eingeleiteten christlich-jüdischen Dialog nicht den gleichen Fehler begehen, sondern das Jüdische in seiner Gesamtheit wahrnehmen.

Hans Hermann Henrix, Israel trägt die Kirche. Zur Theologie der Beziehung von Kirche und Judentum, 272 Seiten, brosch., LIT Verlag Münster 2019, 34,90 Euro. (kna öki 04.08.2020)

- **Kein „Kuschelkurs.“ Neues Buch über jüdisch-muslimischen Dialog – Eine Handreichung** (von Leticia Witte) Interreligiöser Dialog bedeutet oft dies: Vertreter unterschiedlicher Religionsgemeinschaften kommen auf Podien oder auch in kleiner Runde ohne Öffentlichkeit ins Gespräch. Darüber hinaus gibt es etablierte Gesprächskreise. Die Spanne reicht von Treffen hochrangiger Religionsführer bis zu Zusammenkünften in Gemeinden. Oft geht es um Theologie – angesichts von Antisemitismus, Extremismus und Islamophobie aber zunehmend auch um gesellschafts-politische Fragen.

Dieser Aspekt steht im Fokus des neuen Buchs „Und endlich konnten wir reden...‘ – Eine Handreichung zu jüdisch-muslimischem Dialog in der Praxis“. Es entstand aus der Kooperation des jüdischen Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks (ELES) und des muslimischen Avicenna-Studienwerks sowie aus dem Austausch ihrer Stipendiaten im jüdisch-muslimischen Thinktank Karov-Qareeb. Dieser wurde 2019 auf die Beine gestellt; „Karov“ (hebräisch) und „qareeb“ (arabisch) bedeuten „Annäherung, Nähe“. Die Publikation enthält Überlegungen zum interreligiösen Dialog, der neu und vor allem auf Dauer angelegt gedacht werden soll. Unter anderem werden bestehende Formate vorgestellt. Hinzu kommen konkrete Tipps für Veranstalter: Ist das Podium öffentlich? Wie schafft man eine respektvolle Atmosphäre bei konfliktträchtigen Themen? Welches Essen sollte angesichts religiöser Speisegesetze gereicht werden?

Zwei der Herausgeber, Jo Frank (ELES-Geschäftsführer) und Hakan Tosuner (Avicenna-Geschäftsführer), machen gleich zu Beginn klar: „Wir müssen reden“: über Gemeinsamkeiten und Unterschiede, den Druck auf die Religionsgemeinschaften und eine gemeinsame Herangehensweise angesichts des Erstarkens der Rechten. Sie betonen, dass ein Dialog von Empathie und Einigkeit, aber auch von Streit und Vorurteilen geprägt sein könne. Wer jedoch an einem offenen und an Veränderung orientierten Gespräch interessiert sei, komme daran

nicht vorbei: „Deshalb sparen wir in unserem Dialog nie das aus, was weh tut – wir suchen die Konfliktstellen und bearbeiten diese gemeinsam.“ Und: „Wir werden uns im Religiösen nie einig, das ist und darf kein Ziel unserer Gespräche sein.“ Nötig sei jedoch die Anerkennung dieses Umstands.

Frank und Tosuner nennen den Nahostkonflikt als Beispiel für ein Thema, das im interreligiösen Gespräch nicht gelöst werde. Sehr wohl könnten sich die Beteiligten jedoch über die menschliche Dimension verständigen. Oder über Antisemitismus innerhalb der muslimischen Gemeinschaft und über antimuslimischen Rassismus in der jüdischen Community. Nach außen gelte es zu zeigen, dass beide Minderheiten in sich vielfältig seien und nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten.

Aus Sicht der beiden anderen Herausgeberinnen, Sonya Ouertani (Konzeption) und Rachel de Boor (Kordinatorin des Thinktanks), ist für den Dialog nicht nur das religiöse Bekenntnis ausschlaggebend – die Teilnehmer sind auch von ihren jeweiligen Weltanschauungen geprägt. In seinem klugen Beitrag macht der Vize-Rektor der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, Frederek Musall, darauf aufmerksam, dass jüdisch-muslimische Beziehungen auch von „kleinen Geschichten“ leben, aus denen man für das alltägliche Miteinander lernen und auch das Selbstbild infrage stellen kann – und dass sich nicht alle Widersprüche auflösen lassen, aber man dennoch gut damit leben kann: Besser an einem Ziel arbeiten als sich aneinander abarbeiten.

Die „Gebrauchsanweisung“ wollen Frank und Tosuner verstanden wissen als „Aufforderung, nicht beim Reden zu bleiben. Wir wollen Gesellschaft neu denken und wir wollen handeln. Gemeinsam.“ Schon alltäglich Begegnungen könnten jüdisch-muslimischer Dialog sein, zum Beispiel wenn man sich gegenseitig zum Essen einlädt und darüber etwas voneinander erfährt, wie Cecilia Haendler schreibt, die derzeit mit ELES-Unterstützung promoviert. Die Beiträge zeigen, wie aktuell der Dialog ist.

Rachel de Boor, Sonya Ouertani, Jo Frank, Hakan Tosuner (Hg.), „Und endlich konnten wir reden...“. Eine Handreichung zu jüdisch-muslimischem Dialog in der Praxis, Herder, 136 S., 14 Euro (kna öki 05.01.2021)

- **Aus Sicht des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, drohen Bedürfnisse und Anliegen von Minderheiten in der Corona-Pandemie unterzugehen.** Juden würden angefeindet, aber auch Muslime müssten mit Anwürfen umgehen, sagte Schuster auf einer Online-Podiumsdiskussion zu der Jahresveranstaltung des seit 2019 bestehenden jüdisch-muslimischen Dialogprojekts „Schalom Aleikum“ des Zentralrats. Im Gegensatz dazu zeige das Projekt: „Man ist Mensch mit der einen Religion und mit der anderen Religion.“ Das Verbindende sei das Menschsein.

Integrationsstaatsministerin Annette Widmann- Mauz (CDU), die das Projekt fördert, sagte, dieses werfe das Licht auf das, „was uns eint“. Das trage zu mehr Einheit bei, die Deutschland stärke. Sie würdigte einen „Dialog auf Augenhöhe“ von Juden und Muslimen aus verschiedenen Berufen und Altersstufen. „Wir brauchen mehr Menschen, die ihre persönliche Geschichte mitbringen und Vorbilder sind.“ Es sei wichtig, dass es Menschen gebe, die das Gespräch über etwaige Konflikte und Ängste anstießen, um sie zu überwinden. Widmann-Mauz warb dafür, Vielfalt beispielsweise im Glauben oder in der Herkunft als bereichernd anzuerkennen. Sie verwies auf den erst kürzlich beschlossenen Maßnahmenkatalog, mit dem die Bundesregierung mehr zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus tun möchte. Einer der 89 Punkte darin sei, Diskriminierungen abzubauen, etwa von Menschen mit ausländisch klingenden Namen.

Schuster betonte, dass jüdische Stimmen oft schneller antisemitische Töne wahrnehmen als die Mehrheitsgesellschaft. Die Aufgabe einer offiziellen jüdischen Stimme sei, dort den Finger in die Wunde zu legen. Er hoffe, dass künftig jüdisches Leben hierzulande als selbstverständlich angesehen werde und gegenseitige Vorurteile abgebaut werden könnten.

Der Anfang Dezember erschienene dritte Band von „Schalom Aleikum“ mit dem Titel „Gehört werden – Jüdische und muslimische junge Erwachsene im Gespräch“ informiert über die Lebenswelten junger jüdischer und muslimischer Erwachsener. Der Band enthält zehn Interviews mit Menschen zwischen 16 und 22 Jahren, die über ihren Alltag, Zugehörigkeit und das interreligiöse Gespräch berichten.

Zentralrat der Juden in Deutschland (Hrsg.), Gehört werden. Jüdische und muslimische junge Erwachsene im Gespräch, Hentrich & Hentrich, 84 Seiten, 12,90 Euro. (kna öki 05.01.2021)

- **„Auf gemeinsamem Weg.“ Neues Buch von Altbischof Mussinghoff zu Juden und Christen.** Von Leticia Witte Die – nicht immer spannungsfreien – Beziehungen zwischen Christentum und Judentum sind ihm ein wichtiges Anliegen: Ein neues Buch versammelt Vorträge, Reden und Betrachtungen des Aachener Altbischofs Heinrich Mussinghoff zu Judentum, interreligiösem Dialog, Kunst und Kultur. Der Titel lautet: „Juden und Christen: Partner, Verbündete, Schwestern und Brüder auf gemeinsamem Weg“. Die Beiträge möchten nach den Worten des Münsteraner Dialogverlags eine Anregung zu Begegnungen und interreligiösem Gespräch geben und zu einem „geschwisterlichen Zusammenleben in Frieden und Freiheit“ ermutigen.

Mussinghoff (80), der seit fünf Jahren im Ruhestand ist, kennt Israel durch zahlreiche Reisen. Nach seiner Bischofsweihe am 11. Februar 1995 galt sein erster Besuch der jüdischen Gemeinde in Aachen – als Zeichen der Verbundenheit und Versöhnung. Bei einem vielbeachteten Besuch in Polen bekannte Mussinghoff die Schuld der Kirche in der NS-Zeit und ein Versagen deutscher Bischöfe, die den „Angriffskrieg auf das katholische Land Polen“ nicht laut verurteilt hätten.

Der Bischof leitete von 2006 bis 2015 die Unterkommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum der Deutschen Bischofskonferenz – auch Vorträge, die er in dieser Funktion gehalten hat, sind in dem Buch zu finden. Zudem geht es um die Erklärung *Nostra aetate*, mit der die Kirche beim Zweiten Vatikanischen Konzil den katholisch-jüdischen Dialog eröffnete. Hinzu kommen etwa Worte zum Gedenken an die antisemitischen Novemberpogrome von 1938 („Wir dürfen nicht vergessen“) und zur Eröffnung einer neuen Synagoge in Aachen.

Das Buch enthält darüber hinaus Einlassungen zum Schutz des Sonntags beziehungsweise zum jüdischen Ruhetag Schabbat, zum Thema Gerechtigkeit, zum lange Zeit schwierigen und vielschichtigen Verhältnis der katholischen Kirche zum Staat Israel, zur *Schoah* oder zur ersten gemeinsamen Reise von katholischen Bischöfen und Rabbinern nach Israel. Es finden sich nicht nur Texte von Mussinghoff, sondern auch von seinem Vorgänger Klaus Hemmerle (1929-94).

Zu *Nostra aetate* erklärt der Geistliche, es sei „das kürzeste der Konzilsdokumente, aber das am heftigsten umstrittene und zugleich das wirkmächtigste“. Er verweist auf Bemühungen zum christlich-jüdischen Dialog seit Ende des Zweiten Weltkriegs und insbesondere auf das Begegnungstreffen 2006, bei dem ein „bedeutender Schritt im Dialog zwischen dem Vatikan und Rabbinern in Deutschland“ geschehen sei. Mussinghoff zitiert ausführlich die Botschaften des Vorsitzenden der Päpstlichen Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum, Kardinal Walter Kasper, und des Landesrabbiners Henry G. Brandt.

Er erinnert auch an den 26. September 2006, an dem die Deutsche Bischofskonferenz die Unterkommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum ins Leben rief. Diese sei zu einem „wesentlichen Arbeitsinstrument“ für die Konferenz geworden. Mussinghoff bezeichnet das Wirken darin als „sehr anregende, aktive und fruchtbare“ Arbeit. An anderer Stelle würdigt er das Gespräch und die Freundschaft mit Juden als „große menschliche und spirituelle Bereicherung“.

In dem Teil des Buches, der Kunst und Kultur gewidmet ist, betrachtet Mussinghoff den Mosaikteppich in der Basilika von Tabgha und erläutert zum Beispiel auch ein Lied aus dem Brauchtum des Münsterländischen – er selbst stammt aus Osterwick. Es habe sich ihm besonders eingepägt, weil es alte Verbindungen zum jüdischen Pessachfest zu haben schein, schreibt er.

Vor allem aber geht es um die bunten Fenster mit dem Jakobssegel von Marc Chagall in der Synagoge des Hadassah-Krankenhauses in Jerusalem, die Mussinghoff interpretiert. Die prächtigen Fenster sind in großflächigen Abbildungen abgedruckt – und zeigen so auch dem Leser ihre leuchtenden Farben.

Heinrich Mussinghoff, „Juden und Christen. Partner, Verbündete, Schwestern und Brüder auf gemeinsamem Weg“, Dialogverlag, 192 Seiten, 19,90 Euro. (kna öki 12.01.2021)

Alle Beiträge, die mit ILI News gezeichnet sind, entstammen mit freundlicher Genehmigung der Website www.il-israel.com. © kna öki